

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussmitglied Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Ausschussmitglied Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder Gruppe Grüne/WBV/Piraten:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer

Mitglied BASU-Fraktion:

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Mitglied FW-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP:

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Graul

Von der Verwaltung:

Insa Rogel (13)
Fachbereichsleitung 20 Valnion (20)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 21.11.2011	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss	346/2011
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Nachbewilligung zum Haushalt 2011	353/2011
5.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	354/2011
5.3	<u>Neufassung Entschädigungssatzung:</u>	
5.3.1	Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Entschädigungssatzung	535/2011
5.3.2	Neufassung der Entschädigungssatzung	352/2011
5.4	UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum Wilhelmshaven Zuwendungsvertrag Land - Stadt neu	350/2011
6	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u>	
6.1	Anträge zur Haushaltssicherung der BASU-Fraktion sowie von Herrn Dr. von Teichman - Zuordnung zu den Fachausschüssen	
6.2	Haushalt 2011/2012	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 21.11.2011

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 21.11.2011 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss4.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG 346/2011 durch den Verwaltungsausschuss

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Fa. Mios, Krabbenweg 1A, 26388 Wilhelmshaven	122,31 €	BBS Friedenstraße, Lebensmittel für die Jademeisterschaft
2. Gäste der Jademeisterschaft	120,00 €	BBS Friedenstraße f. die Jademeisterschaft
3. Verband der Gastronomie, 1. Vors. Robert Jakobs, Kreuzelwerk, Freiligrathstr. 432, 26386 Wilhelmshaven	350,00 €	BBS Friedenstraße f. die Jademeisterschaft
4. Frau Margit Weber, Paulstr. 5, 26384 Wilhelmshaven	300,00 €	Besuchsdienst der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven
5. Gebr. Leffers GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven	250,00 €	Besuchsdienst der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

5 Vorlagen an den Rat5.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2011

353/2011

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die vorgelegte Nachbewilligung nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2011.
(Abwicklung Krankenhausfinanzierungsgesetz, 196.700 €)

5.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG 354/2011 durch den Rat

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Geldspende:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. „Gerd Möller Stiftung“, Geschäftsstelle Anja Lohe, Kantstr. 14, 26384 Wilhelmshaven	3.000,00 €	Anschaffung von Musikinstrumenten zur Einrichtung einer Samba-Gruppe an der HS Nogatstraße

5.3 Neufassung Entschädigungssatzung:

5.3.1 Antrag der BASU-Fraktion auf Änderung der Entschädigungssatzung 535/2011

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Antrag der BASU-Fraktion vor und bat Herrn Tjaden diesen zu erläutern.

Herr Tjaden begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Ziel einer Senkung der bisherigen Aufwandsentschädigungen. Am Verwaltungsentwurf zur neuen Entschädigungssatzung bemängelte er dabei eine aus seiner Sicht entstehende Bevorzugung der größeren Fraktionen gegenüber den kleineren Fraktionen im Rat. Außerdem halte er insgesamt steigende Aufwandsentschädigungen bei einer „schrumpfenden“ Stadt mit nachhaltig schlechter Haushaltslage für ein politisch falsches Signal.

Oberbürgermeister Wagner stimmte Herrn Tjaden darin zu, dass nach der neuen Entschädigungssatzung die Aufwandsentschädigungen für die größeren Fraktionen in der Tat leicht steigen würden. Zu berücksichtigen sei hierbei jedoch auch die nun durch die Kommunalwahl veränderte Sitzverteilung. Insgesamt würden durch die Neufassung der Satzung die durchschnittlichen Aufwandsentschädigungen je Ratsmitglied sogar leicht sinken.

Erster Stadtrat Stoffers erläuterte, der Verwaltungsvorschlag basiere grds. auf den Werten und der Systematik der bisherigen Entschädigungssatzung. Dieser sei jedoch ergänzt um die Empfehlungen der Entschädigungskommission des Landes Niedersachsen und berücksichtige nun auch die neue Gesetzeslage (NKomVG). Hiernach sei nun keine Unterteilung mehr in einen 1. und einen 2. Bürgermeister vorgesehen. Daher solle nun auch die Aufwandsentschädigung für beide ehrenamtlichen Bürgermeister in gleicher Höhe erfolgen. Neu hinzugekommen sei eine gesonderte Aufwandsentschädigung für den/die Ratsvorsitzende/n in Höhe von 375 € monatlich. Für die Fraktionsvorsitzenden oder Gruppensprecher gelte nun je angefangene 4 Ratsmitglieder monatlich ein Betrag in Höhe von 150 €, mindestens

jedoch 380 € monatlich. Insgesamt sei die Höhe der Aufwandsentschädigung jedoch eher Gegenstand der politischen Beratung. Die Verwaltung halte ihren Vorschlag jedoch für insgesamt ausgewogen und angemessen.

Herr Biehl kritisierte, die BASU-Fraktion erwecke mit ihrem Antrag den Eindruck, der „Aufwand“ für die Mitglieder des Rates sei geringer als im Verwaltungsvorschlag vorgesehen. Dieser Eindruck sei unrichtig. Die kommunale Selbstverwaltung sei nur umsetzbar durch ehrenamtliches Engagement. Dieses müsse aber auch attraktiv gemacht werden, und hierzu dienen u.a. auch die Aufwandsentschädigungen. Diese seien nicht als „Bezahlung“ zu werten, sondern lediglich als „Ersatz“ der Aufwendungen für ein unentgeltlich ausgeübtes Ehrenamt. Im Übrigen seien die Aufwandsentschädigungen durch die Mitglieder des Rates auch zu versteuern und ein Teil werde darüber hinaus auch an die jeweiligen politischen Parteien abgeführt. Abschließend signalisierte er für seine Gruppe Ablehnung des BASU-Antrages sowie Zustimmung zum Vorschlag der Verwaltung.

Abschließend stellte **Herr Stoffers** noch einmal heraus, die Gesamtkosten nach dem Verwaltungsvorschlag würden sich gegenüber der letzten Legislaturperiode nur geringfügig erhöhen und dies auch nur, weil einige neue Funktionsträger hinzukämen (z.B. Ratsvorsitz).

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.3.2 Neufassung der Entschädigungssatzung

352/2011

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und wies auf eine Tischvorlage zur Ergänzung des § 7 der Entschädigungssatzung hin. Hiernach sei nun auch eine monatliche Entschädigung für „Gerätewarte“ in Höhe von 18,- € vorgesehen.

Frau Breuer bat ferner um weitere Wortmeldungen.

Herr Tjaden fragte nach dem Beratungsergebnis im Ortsrat zum Änderungsantrag der BASU-Fraktion. **Stadtrat Dr. Graul** informierte, der Ortsrat habe den Änderungsantrag der BASU-Fraktion zur Entschädigungssatzung nicht gesondert beraten. Er habe jedoch der Gesamtvorlage der Verwaltung zugestimmt.

Die **Herren Föhlinger, Hellwig** und **Biehl** signalisierten jeweils für ihre Fraktionen/Gruppe Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung vorbehaltlich einer weiteren fraktions- bzw. gruppeninternen Beratung.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die vorgelegte Neufassung der Satzung zur Regelung des Auslagenersatzes und des Verdienstaufschlags für die Mitglieder des Rates, des Ortsrates und sonstige ehrenamtlich tätige Personen. (**Entschädigungssatzung**).

5.4 UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrum 350/2011
Wilhelmshaven Zuwendungsvertrag Land - Stadt neu

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Biehl lobte das seiner Meinung nach sehr zufriedenstellende Ergebnis. Anders als bei anderen Besucherzentren sei es zu keinerlei Kürzung der Mittel gekommen. Hierin zeige sich auch die herausragende Bedeutung des Besucherzentrums Wilhelmshaven.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat stimmt dem Abschluss des Vertrages mit dem Land Niedersachsen – Nationalparkverwaltung – über die jährliche Zuwendung des Landes zum laufenden Betrieb des UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer Besucherzentrums Wilhelmshaven zu.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Anträge zur Haushaltssicherung der BASU-Fraktion sowie von Herrn Dr. von Teichman - Zuordnung zu den Fachausschüssen

Erster Stadtrat Stoffers erinnerte an die Anträge der BASU-Fraktion sowie von Herrn Dr. von Teichman (FDP) zum Haushaltssicherungskonzept (HSK). Die Anträge seien insgesamt vom Rat in die jeweiligen Fachausschüsse zurückverwiesen worden. Die Verwaltung habe daraufhin die einzelnen Anträge zunächst gesichtet. Hierbei ergab sich, dass einige der Anträge bereits in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung vorliegen. Des Weiteren seien einige Anträge bereits abschließend vom Rat behandelt worden und wiederum andere Anträge seien inhaltlich rechtlich unzulässig.

Die Verwaltung habe eine Übersicht über die Zuordnung der einzelnen Anträge zu den jeweiligen Fachausschüssen erstellt (Anlagen 1 und 2 zu Protokoll).

Die Mehrheit der Anträge sei im „Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft“ (FiWi) zu behandeln, andere z.B. im „Schulausschuss“ (SchuA) oder im „Jugendhilfeausschuss“ (JHA). Die Verwaltung werde zu jedem Antrag eine entsprechende Beschlussempfehlung geben.

6.2 Haushalt 2011/2012

Erster Stadtrat Stoffers informierte zur aktuellen Haushaltslage. Im Bereich kommunaler Finanzausgleich sei ein Planansatz für 2011 in Höhe von 49,6 Mio. € vorgesehen gewesen. Aufgrund eines Änderungsbescheids des Landes Niedersachsen sei hier nun ein Minderertrag in Höhe von -2,2 Mio. € entstanden. Dieser könne jedoch vollständig durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer ausgeglichen werden. Für das Haushaltsjahr 2012 kündigten sich hingegen Mehrerträge im Finanzausgleich von bis zu 9 Mio. € an. Die Zahlen könnten sich jedoch im Laufe des Jahres 2012 noch verändern.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 14:50 Uhr

Stoffers
Erster Stadtrat

Breuer
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer